



Pressemitteilung, 24. November 2025

Gesamttiroler Heimatpflegetreffen 2025 fordert: Bürgerrechte wahren –

Brenneroute entlasten

Die Brennerachse steht unter massivem Druck: Mit mehr als der Hälfte des gesamten alpenquerenden Transitverkehrs in Europa ist die Belastung für Bevölkerung, Umwelt und Infrastruktur nicht mehr tragbar. Diese Situation stand im Mittelpunkt des diesjährigen Gesamttiroler Heimatpflegetreffens, das am 15. November 2025 in Hall in Tirol stattfand.

Die jährlich organisierte Zusammenkunft bringt Vertreter*innen des Heimatpflegeverbandes Südtirol, des Vereins für Heimatschutz und Heimatpflege in Nord- und Osttirol und des Circolo M. Gaismayr aus dem Trentino zusammen, um sich über zentrale Herausforderungen und gemeinsame Anliegen auszutauschen. In den vergangenen Jahren stand dabei immer wieder das Thema Verkehr im Fokus – als eines der drängendsten, das Gesamt-Tirol über alle Grenzen hinweg verbindet.

In einer Resolution fordern die Teilnehmenden am Treffen nun einen Stopp von Straßenbauprojekten zur Kapazitätserweiterung entlang der Brenneroute und betonen die Bedeutung der Versammlungsfreiheit gerade in hochbelasteten Regionen.

Grundrechte dürfen nicht dem Transit geopfert werden

Kritik äußern die Heimatpflegerinnen aus Nord-, Südtirol und dem Trentino insbesondere an der Einschränkung der Versammlungsfreiheit in stark belasteten Transitregionen. Die Verhinderung von Protesten gegen den Ausbau der Brennerautobahn – etwa im Fall der geplanten Demonstration auf der A13 im Juni 2025 bei Gries am Brenner – wurde vom Landesverwaltungsgericht Tirol kürzlich als rechtswidrig eingestuft. „Die Sorgen der Menschen entlang der Brenneroute sind berechtigt. Die Möglichkeit, dagegen friedlich zu protestieren, ist ein demokratisches Grundrecht – gerade dort, wo Politik und Wirtschaft versagen“, so die Heimatpfleger*innen.

Straßenausbau löst kein Problem – er schafft neue

Das Gesamttiroler Heimatpflegetreffen spricht sich klar gegen die derzeit diskutierten Straßenausbauprojekte wie die „dynamische dritte Spur“ oder die Verbindung Valdastico Nord aus. Derartige Maßnahmen würden die Transitbelastung nicht senken, sondern erhöhen. „Die Politik darf dieser Dynamik nicht länger nachgeben. Die Tiroler Länder brauchen keine neuen Spuren auf der Autobahn, sondern politische Verantwortung“, heißt es in der Resolution. Gefordert wird ein vollständiger Verzicht auf jegliche kapazitätserweiternde Straßeninfrastruktur entlang der gesamten Brenneroute.



Schiene auch im Regionalverkehr stärken

Besondere Sorge bereitet den Heimatpfleger*innen die Schwächung des Regionalverkehrs. Mehrere Strecken entlang des Korridors leiden unter mangelnder Wartung und Verspätungen. Exemplarisch stehen dafür die Bahnlinie im Südtiroler Unterland sowie die wiederkehrenden Unterbrechungen auf der Valsugana-Strecke – dieses Jahr noch verstärkt durch die zehnmonatige Vollsperrung aufgrund der Elektrifizierung. „Wer die Schiene stärken will, darf Regionalverbindungen nicht über Jahre ausdünnen“, heißt es im Treffen. Gefordert wird daher eine konsequente Stärkung der bestehenden Bahnstrecken und die Gleichstellung des Regionalverkehrs mit dem Fernverkehr.

Politik muss handeln – Regionen müssen mitziehen

Die Resolution appelliert an die politisch Verantwortlichen auf Landes-, Staats- und EU-Ebene, endlich wirksame Maßnahmen zu ergreifen. Neben einem CO₂-basierten Mautsystem auf der A22, einer Geschwindigkeitsbeschränkung auf 100 km/h und dem Ausbau der Rollenden Landstraße (RoLa) fordern die Unterzeichnenden die Einführung einer Alpentransitbörse mit klarer Obergrenze für LKW-Kontingente.

Gleichzeitig wird an die Regionen entlang der Brennerroute appelliert, die bestehenden Maßnahmen des Bundeslandes Tirol wie Blockabfertigung, Nachtfahrverbot und sektorales Fahrverbot nicht nur mitzutragen, sondern aktiv weiterzuentwickeln: „Der Schutz der Alpen erfordert europäische Zusammenarbeit – keine Konkurrenz um die billigste Durchfahrtsroute.“

Das Gesamttiroler Heimatflegetreffen erinnert daran, dass die Brennerachse nicht nur Verkehrsweg, sondern auch Lebensraum ist – für Zehntausende Menschen diesseits und jenseits der Grenze. Wer die Transitkrise lösen will, muss nicht nur Verkehr verlagern, sondern Verkehr vermindern und die Rechte der Bevölkerung stärken.